

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Keine Vergemeinschaftung von Staatsschulden – nein zu Eurobonds!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht sich strikt gegen Eurobonds aus.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
  - a) sich im Bund gegen die Einführung von Eurobonds einzusetzen.
  - b) im Bund die Einführung von wirksamen Instrumenten zur Durchsetzung einer echten Stabilitätskultur in Europa anzumahnen.

#### **Begründung:**

Die EU-Kommission legte gestern ein Grünbuch zum Thema Eurobonds vor. Zwar dienen Grünbücher nur als Diskussionsgrundlage. Trotzdem ist der Druck auf Deutschland aus den anderen Euroländern zur Einführung von Eurobonds unübersehbar. Bei der derzeitigen Situation der Staatsverschuldung im Euroraum darf es aus deutscher Sicht aber nicht zur Einführung von Eurobonds kommen. Zunächst würden dadurch die Zinszahlungen Deutschlands deutlich steigen. Gleichzeitig würde Deutschland für die Schulden der anderen Eurostaaten gesamtschuldnerisch haften. Beides ist nicht dazu angetan das Vertrauen der Anleger in die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen. Auch das deutsche Spitzenrating würde damit aufs Spiel gesetzt.

Durch die gesamtschuldnerische Haftung würden gleichzeitig die Anreize für die hochverschuldeten Staaten zu einer echten Konsolidierung sinken, insbesondere wenn dazu schmerzhaftes Einschnitte für die jeweilige Bevölkerung verbunden wären.

Derzeit existieren keine wirksamen Instrumente, die die Einhaltung einer nachhaltigen Haushaltspolitik in den Euroländern durchsetzen könnten. Solange diese nicht existieren, kann eine Vergemeinschaftung von Schulden keine sinnvolle Politik sein. Denn derzeit diszipliniert alleine der Druck der Märkte die Verschuldungspolitik der Staaten.